

Häusliche und sexualisierte Gewalt: Welche gesundheitliche Versorgung benötigen betroffene Frauen?

Das Forschungsprojekt GeSicht (Gesundheitsversorgung für Frauen nach häuslicher und sexualisierter Gewalt im Land Hessen aus Sicht der Betroffenen) erhebt die Bedürfnisse von gewaltbetroffenen Frauen mit dem Ziel, deren gesundheitliche Versorgung im Land Hessen zu verbessern.

Für Frauen, die häusliche Gewalt erleben, sind Gesundheitseinrichtungen eine wichtige Anlaufstelle. Wer Hilfe sucht, wendet sich am häufigsten an medizinische Versorgungsangebote, das haben Studien gezeigt. Gewaltbetroffene haben damit regelmäßig Kontakt zu Gesundheitsfachkräften, nicht nur in Notfallsituationen. Allerdings bedeutet das keineswegs, dass die Gewalterfahrungen thematisiert werden. Dabei könnten Gesundheitsfachkräfte zu ersten Ansprechpartner*innen werden, um die Betroffenen zu unterstützen. Oftmals sind sie die einzigen außenstehenden Personen, die die Folgen der Gewalt zu sehen bekommen.

Mehr Prävention und Intervention

„Es besteht großer Bedarf an Vernetzung und Koordinierung innerhalb der Gesundheitsversorgung“, sagt Professorin Dr. Daphne Hahn, Gesundheitswissenschaftlerin an der Hochschule Fulda und führt aus: „Wir wissen noch zu wenig darüber, was eine bedürfnisgerechte gesundheitliche Versorgung für gewaltbetroffene Frauen leisten muss und wie wir die Angebote bestmöglich weiterentwickeln können.“ Betroffene Frauen benötigten einen Zugang zu einer adäquaten gesundheitlichen Versorgung, da häusliche Gewalt weitreichende Folgen auch für die Kinder der Betroffenen habe.

Das Forschungsprojekt soll daher einen Beitrag leisten, den Gesundheitsbereich systematisch in die Prävention und Intervention bei häuslicher und sexualisierter Gewalt zu integrieren und die Umsetzung der Istanbul-Konvention im Gesundheitswesen voranzubringen.

Problemzentrierte Interviews

Durch problemzentrierte Interviews mit gewaltbetroffenen Frauen will das Forschungsteam erheben, welche Erfahrungen die Betroffenen mit bestehenden gesundheitlichen Versorgungsangeboten und Versorgungssituationen in Hessen im Zusammenhang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt gesammelt haben. Die Erkenntnisse aus den Interviews sollen helfen, Handlungsbarrieren abzubauen und eine bedürfnisgerechte Versorgung zu etablieren. „Wir wollen Entscheidungsträger*innen in der Praxis wie auf politischer Ebene wissenschaftlich fundiertes Wissen über die Sicht der Betroffenen zur Verfügung stellen“, sagt Professorin Hahn. Im Februar 2024 sollen die Ergebnisse vorliegen.

Das Forschungsprojekt wird durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert.